

## 43. Andechser Europatag

## „Wir sind alle Minderheiten“

**Andechs (pd).** „In der EU sind wir alle Minderheiten, und die kleinen Völker und Volksgruppen besitzen die gleiche Würde und den gleichen Wert wie die großen.“ Mit dieser Feststellung wandte sich der Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, Bernd Posselt, beim 43. Andechser Europatag gegen jene, die das Thema dieser Tagung als Randfrage oder Angelegenheit für Spezialisten abwerten wollen. Minderheiten und Regionen seien die eigentlichen Bausteine der europäischen Einigung. Als Modellregionen bezeichnete Posselt Südtirol oder Eupen-Malmédy in Belgien, als Problemregionen das Preševo-Tal in Südserbien oder das Baskenland. Bleibe die EU „minderheitenblind“, sei dies eine Gefahr für das ganze europäische Aufbauwerk. Das „überlebte ideologische Konstrukt eines angeblich natürlichen Nationalstaates“ sei von der Französischen Revolution bis heute vielfach in die „gefährliche Wahnidee eines ethnisch reinen Zentralstaates“ und damit in Völkermord, Vertreibung und Zwangsassimilierung gemündet. Der gemeinsam mit dem Internationalen Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus (INTEREG) veranstaltete 43. Andechser Europatag solle starke Impulse für ein Europäisches Volksgruppenrecht sowie für eine Regionalisierung der Nationalstaaten bei gleichzeitiger Festigung des europäischen Daches vermitteln.

Der Anwalt und Staatsrechtler Dirk Hermann Voß, internationaler Vizepräsident der Paneuropa-Union, betonte, daß die bisherige europäische Staatenwelt von der europäischen Integration ebenso wie von der



**Vielfältiges Podium (v.l.n.r.): Bischof László Németh, Cristina Zelenac, Bischof Rudolf Vorderholzer, Luis Thomas Prader, Hartmut Koschyk, Raid Gharib, Bernhard Gaida und Moderator Jaroslav Šonka.**

zunehmenden Regionalisierung immer stärker in Frage gestellt werde. Der Nationalstaat als überholtes Modell müsse sowohl nach oben als auch nach unten zentrale Kompetenzen abgeben.

Mit der aktuellen Lage auf der Krim und ihren geschichtlichen Hintergründen befaßte sich der Leiter des INTEREG, der Historiker Meinolf Arens. Bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts seien die Halbinsel und der angrenzende Großraum, allesamt trockene Stepplandschaften, von nomadischer Viehzucht und von Reitervölkern wie den Tataren geprägt gewesen. 1778 habe Zarin Katharina II. die Griechen und anderen Christen, die seit der Antike an den Küsten der Krim lebten, nach Mariupol deportieren lassen, weil sie als „tatarophil“ galten. 1944 habe Stalin die letzten 250.000 Krim-Tataren, die noch da gewesen seien, nach Zentralasien deportieren lassen, wobei mehrere 10.000 umkamen.



**Posselt: Die EU darf nicht „minderheitenblind“ sein.**

Der „traurige Rest“ habe in den achtziger Jahren heimkehren können, was ein knappes Drittel getan habe, obwohl sie sich weder in den Städten noch in ihren alten Häusern und Siedlungen niederlassen durften. Jetzt seien sie erneut von Vertreibung bedroht.

Mit fundierten Fachvorträgen beeindruckten zwei junge Historikerinnen, Mirjana Ivančić aus Budapest und Katerina Kakasheva aus Skopje, die rund 200 Zuhörer aus 12 Nationen. Ivančić befaßte sich mit der Autonomie der Vojvodina, wie sie sich nach der Vertreibung

der Donauschwaben und der Serbisierung etlicher Landesteile, die einstmals mehrheitlich von Ungarn besiedelt waren, in den letzten Jahrzehnten entwickelte. Katerina Kakasheva referierte über das vom später tödlich verunglückten mazedonischen Staatspräsidenten Boris Trajkovski, einem aktiven Paneuropäer, führend mit ausgehandeltem Abkommen von Ohrid

zwischen den beiden größten Volksgruppen des Landes, den slawischen Mazedoniern und den mazedonischen Albanern. Beide Seiten würden von sehr unterschiedlichen Ängsten geplagt. In Skopje regiere immer eine der mazedonischen in Koalition mit einer der albanischen Parteien, was wesentlich zur Stabilität des Landes beitrage.

Meinolf Arens präsentierte anschließend die wissenschaftliche Arbeit der dritten in diesem Themenblock geplanten Referentin, Teodora Živković aus Zagreb, die wegen eines Unglücksfalls in der Familie nicht kommen konnte. Im Mittelpunkt ihrer Forschungen stehen die lutherischen Slowaken, die als 60.000 Menschen umfassende Volksgruppe in 17 Dörfern in der Vojvodina leben.

Einen umfassenden Überblick über Regionalismus und Zentralismus in Rumänien seit Ende des Ersten Weltkrieges gab Dr. Florian Kühner-Wielach vom Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Durch seine ethnische und religiöse Vielfalt unterscheide sich das bis 1920 zu Ungarn gehörende Siebenbürgen stark von dem Ende

des 19. Jahrhunderts aus den türkischen Provinzen Moldau und Walachei gebildeten Altrumanien.

Ein keltisches Abendprogramm fand im Kloster gasthof von Paneuropa-Wirt Alexander Urban statt: Der Saal vibrierte unter den Klängen der Dudelsäcke der Münchener „Claymore Pipes and Drums“. Dazwischen interviewte Bernd Posselt den langjährigen Vizepräsidenten des Bretonischen Weltkongresses, Professor Marcel Texier, einen Vorkämpfer der bretonischen Sprache. Die Zuschauer erfuhren Interessantes über die Besiedlung der Bretagne durch Kelten aus Großbritannien und ihren Konflikt mit den Franken, über die Tochter des letzten Herzogs im 15. Jahrhundert, Anne de Bretagne, Gemahlin eines deutschen Kaisers und zweier französischer Könige, unter deren dramatischem Schicksal das Land an die Krone Frankreichs fiel, über ein heute noch gültiges Gesetz Robespierres, das Dokumente in anderen Sprachen als Französisch verbietet, und Schikanierungen durch Nationalfranzosen bis in die heutige Zeit.

Der Christliche Europatag gipfelte in einem Festgottesdienst in der Andechser Wallfahrtskirche, den der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer und der Diözesanbischof von Zrenjanin / Großbetschkerek im serbischen Banat, László Német, zelebrierten. Jene, die „sich jetzt Sorgen um das Abendland machen“, mahnte Voderholzer in seiner Predigt, sich nicht vor dem Islam zu fürchten, sondern vor der Schwäche und Lauheit der Christenheit.

Das Podium „Volksgruppen in Gefahr“ beschäftigte sich unter der Moderation des tschechischen Journalisten Jaroslav Šonka, lange Jahre Mitarbeiter der Europäischen Akademie in Berlin, insbesondere mit erfolgversprechenden Beispielen der Lösung von Volksgruppenproblemen.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedler und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, betonte angesichts der Ukraine-Krise – wo eine Minderheit zum Vorwand für Gewaltanwendung genommen werde – die Notwendigkeit, Minderheitenrechte zu kodifizieren. Bisher habe es entsprechende Vorstöße von Alfons Goppel, Otto von Habsburg und Bernd Posselt im Europäischen Parlament gegeben, die zur Verankerung des Schutzes der kulturellen Identität in den EU-Verträgen und zum Verbot der Diskriminierung von Angehörigen von Minderheiten führten.

Die Historikerin Cristina Zelenac aus Sathmar, Tochter einer Rumänin und eines Sathmarer Schwaben, berichtete, sie habe zwar als Kind mit ihren Großeltern Schwäbisch gesprochen, aber sich dieses Element ihrer Persönlichkeit erst später durch Lesen und Sich-Informieren erschlossen. Ihre Großeltern seien Deutsche gewesen in einer Gegend, die eher ungarisch als rumänisch geprägt gewesen sei. Viele ihrer Mitschüler hätten der ungarischen Minderheit Rumäniens angehört, sie habe dort nie Spannungen erlebt.

Bischof Német, ein Ungar aus der Batschka, der Serbisch in der Schule gelernt hat, wurde als Steyler Missionar Bischof im serbischen Banat, einer Region, wo heute noch 23 Volksgruppen zusammenleben. Auch wenn

Serbien in den letzten Jahren „nicht die besten Beispiele“ auf dem Gebiet geliefert habe, habe 2010 ein neues Gesetz eine Verbesserung gebracht, nach dem sich Minderheiten – „Nationalitäten“ genannt – nunmehr in Nationalitätenräten zusammenschließen können, deren größte der ungarische und der kroatische in der Vojvodina sowie der der Bosniaken im Sandžak seien. Die Nationalitätenräte ermöglichten Mitgestaltung im Schulwesen bis hin zur Universität, in Kultur und Medien, wo sie die Rolle eines Miteigentümers übernehmen könnten.

Rudolf Voderholzer, seit zwei Jahren Bischof von Regensburg, hat seine sudetendeutschen Wurzeln von Anfang an in seinen Dienst einbezogen und zur Aufgabe gemacht. So habe er den Katholikentag in Zusammenarbeit mit der Nachbardiözese Pilsen abgehalten und veranstalte gemeinsam mit seinem dortigen Kollegen, Bischof František Radkovský, deutsch-tschechische Wallfahrten, etwa mit 1.000 Choden nach Neukirchen bei Heilig Blut oder umgekehrt von Weiden nach Maria Kulm im Egerland. Damit werde die Freundschaft stabilisiert in einer Region, die von Leid, Kränkungen und noch nicht aufgearbeiteter Geschichte gekennzeichnet sei.

Der Südtiroler Kulturhistoriker und Ethnologe Luis Thomas Prader schilderte seine Beschäftigung mit den deutschen

Sprachinseln in Italien. So habe er im Europäischen Jahr der Sprachen 2001 die sogenannten Zimbern, Baiern aus Benediktbeuren, nach Südtirol eingeladen und gefragt: „Lebt ihr noch oder seid ihr dabei, den Laden zu schließen?“ Einer habe geantwortet: „Es wird schon so sein, daß wir letztlich aussterben, aber zuerst möchte ich noch leben.“ Tatsächlich habe diese Begegnung, der Ausbruch aus der Isolation, den Zimbern so viel Auftrieb gegeben, daß es nunmehr Chöre, Volkstanz- und Brauchtumsgruppen, Sprachkurse und vieles mehr gebe. Sie hätten entdeckt, daß ihre Sprache etwas wert sei.

Bernhard Gaida, aufgewachsen in Zeiten, wo es „offiziell keine Deutschen in Polen“ gab, hat trotzdem zuhause Deutsch als Muttersprache gesprochen, es aber später unter der Zwangspolonisierung etwas verlernt. Heute ist der Oberschlesier als Vorsitzender des „Verbandes der deutschen sozialen und kulturellen Gesellschaften“ verantwortlich für die gesamte Gemeinschaft der Deutschen in Polen. Nach zwei Generationen Ausgrenzung und Zwang versuchten sie seit 1989 wieder verstärkt ihre Sprache und Identität lebendig zu machen, aber das erweise sich als „Schneckenweg“. Trotzdem habe sich die Lage der Minderheiten in Polen verbessert.

Der Politikwissenschaftler Raid Gharib, Diözesanratsvorsitzender der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in Deutschland, ist noch in Syrien geboren und kam mit 4 Jahren mit den Eltern nach Europa. Er dankte insbesondere den Christen in Deutschland für die „rührende Aufnahme“ und angebotene „spirituelle Heimat“. Gharib sprach sich auch für den Vorschlag des Europäischen Parlamentes aus, in der Ninive-Ebene und im Schengal-Gebirge Schutzzonen für Christen und Jesiden zu fordern. ■



Mitglieder der Paneuropa Jugend mit Bischof Voderholzer.